



c/o Claudia Schauenberg  
Rudolfstr. 6  
48145 Münster

Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke  
Leipziger Straße 3-4  
10117 Berlin

Münster, der 11.09.2020

**Für den Vermittlungsausschuss zum Patientendatenschutzgesetz (PDSG)**

Sehr verehrter Herr Bundesratspräsident!

wir sind ein Zusammenschluss von Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten aus Westfalen, kurz WISPA (Westfälische Initiative zum Schutz von Patientendaten) und möchten Sie bitten, am 18.09.2020 den Vermittlungsausschuss zum Patientendatenschutzgesetz (PDSG) anzurufen, um das Inkrafttreten des Gesetzes zu verhindern. Wie Sie wissen, verstößt das Gesetz gegen höherrangiges europäisches Recht, namentlich die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). So jedenfalls hat es der Bundesdatenschutzbeauftragte, Herr Prof. Kelber, erst am 19. August dieses Jahres in der Bundespressekonferenz festgestellt. Dieses Gesetz öffnet dem Datenmissbrauch Tür und Tor und unterwandert damit unsere ärztliche Schweigepflicht.

Es geht hier um die sensibelsten Daten, die wir haben: Unsere Gesundheitsdaten bzw., präziser formuliert, um unsere Krankheitsdaten. Die veralteten technischen Parameter der sogenannten Telematikinfrastruktur und die gleichzeitige zentrale Speicherung der Daten im Internet bergen größte Sicherheitslücken und -risiken.

Sie wissen, dass bei der Konzeption der Corona-Warn-App in der Bevölkerung kein ausreichender Zuspruch für eine zentrale Speicherung der Daten vorhanden war und auch bis heute nicht besteht. Auch bei diesem Projekt hat der Bundesgesundheitsminister zunächst auf die zentrale Speicherung bestanden, was am Ende zu der Ihnen bekannten Verzögerung des Starts von mehreren Wochen beigetragen hat. Hier gab es jedoch eine breite öffentliche

Diskussion, die es beim Patientendatenschutzgesetz leider nicht gegeben hat. Wir wissen jedoch aus unserer Praxis und nach etlichen Diskussionen, dass unsere Patientinnen und Patienten auch bezüglich der elektronischen Patientenakte (ePa) eine ähnliche Haltung formulieren wie im Hinblick auf die Corona-Warn-App.

Es wäre aus unserer Sicht angebracht, diese Skepsis der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und auch bezüglich der Digitalisierung im Gesundheitswesen dezentrale Lösungen auf freiwilliger Basis anzustreben, um einen möglichst breiten Konsens und eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

Dem Bundesrat als Verfassungsorgan sollte daran gelegen sein. Wir wissen, dass Sie sich bereits in der Vergangenheit kritisch mit dieser Thematik und den Gesetzesvorhaben von Herrn Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auseinandergesetzt haben. Das schätzen wir und wenden uns deshalb hoffnungsvoll an den Bundesrat als Korrektiv im föderalen Gesetzgebungsverfahren der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sind, lassen Sie uns das abschließend bemerken, nicht gegen Digitalisierung oder technische Innovationen, die im Gesundheitswesen oder in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Vorteile bringen. Wir nutzen sie im Gegenteil selbst täglich.

Aber hier überwiegen bislang eindeutig die Nachteile:

Es gibt nach wie vor keine Datenschutz-Folgenabschätzung, wie vom Gesetz vorgeschrieben. Die Haftungsfrage bei Datenmissbrauch wurde praktisch komplett auf uns Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten abgewälzt.

Wir sind, als diejenigen, die vor Ort mit unseren Patientinnen und Patienten umgehen, keine Experten in IT-Sicherheit, stehen aber als potenzielle Anwender der TI (Telematikinfrastruktur) zwischen den Stühlen. Entweder verstoßen wir gegen das Patientendatenschutzgesetz von Bundesgesundheitsminister Spahn, indem wir uns der Zwangsanbindung an die TI widersetzen, oder wir verstoßen gegen das höherrangige Recht der europäischen Datenschutzgrundverordnung, indem wir uns an die TI anbinden lassen.

Daraus folgt:

- Wir als praktisch tätige Behandler teilen die datenschutzrechtlichen Einwände des Bundesdatenschutzbeauftragten, Prof. Ulrich Kelber, voll und ganz.
- Wir sehen in der bisherigen Planung und Umsetzung der eHealth-Gesetze DVG und PDSG gravierende datenschutzrechtliche Verstöße.
- Wir können die grundsätzliche Einschätzung von Bundesgesundheitsminister Spahn, dass die zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form begonnene Vernetzung und Digitalisierung im Gesundheitswesen große Fortschritte in der Gesundheitsversorgung erwarten lasse, für uns und unsere Patientinnen und Patienten nicht teilen.

Es würde uns sehr freuen und unsere große Sorge um den Bestand von Datenschutz und Schweigepflicht mindern, wenn Sie als Bundesrat dieses Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt und in der bestehenden Form nicht befürworten.

Wir möchten Sie bitten, dass Sie stattdessen auf wesentliche Änderungen des Gesetzes drängen, in unserem Sinne, vor allem aber im Sinne derer, die sich uns tagtäglich öffnen und intimste Einblicke gewähren in dem Vertrauen, dass ihre Daten bei uns sicher sind und geschützt bleiben. Dies wäre u.E. durch das PDSG in der vorliegenden Form nicht länger gewährleistet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

im Namen der Westfälischen Initiative zum Schutz von Patientendaten (WISPA):

Dipl.-Psych. Claudia Schauenberg, Rudolfstr. 6, 48145 Münster

M.Sc. Psych. Henning Heck, Schlage 13, 48268 Greven

Dipl.-Psych. Lothar Seite, Loburger Str. 13, 48653 Coesfeld

Dipl.-Psych. Jens Gilles, Markt 5, 48565 Steinfurt

Dipl.-Psych. Birigt-Schmitz-Niehuis, Greta-Bünichmann-Straße 34, 48155 Münster

Dipl.-Psych. Annette Kleine Möllhoff, Raesfeldstr. 6, 48149 Münster

Dr. med. Brigitte Hornstein, Mauritiusstr. 9, 48565 Steinfurt